

## **A10NEU Kommunen stärken, Investitionen sichern und Klima schützen**

Antragsteller\*in: Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt),  
Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt)

Status: Modifiziert

1 Unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt aktuell in dreifacher Hinsicht  
2 eine Schlüsselrolle zu. Sie sichern die kommunale Daseinsvorsorge ihrer  
3 Bürger\*innen vor Ort, bewältigen die gesundheitlichen Herausforderungen der  
4 Corona-Pandemie und sorgen mit ihren Investitionen in Nachhaltigkeit und  
5 Klimaschutz dafür, dass wir zwei Krisen zusammen denken und lösen können: die  
6 Corona-bedingte Konjunkturkrise und die fortschreitende Klimakrise.

7 Mit Schulgebäuden, Kitas und der Abfallentsorgung stellen unsere Kommunen die  
8 elementare Infrastruktur. Mit Bussen und Bahnen sorgen sie für die Mobilität  
9 ihrer Bürger\*innen. Mit ihren vielfältigen freiwilligen Aufgaben vor allem im  
10 Bereich von Sport und Kultur tragen sie entscheidend zur Lebensqualität vor Ort  
11 bei. In der Corona-Krise haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren  
12 Krankenhäusern und Gesundheitsämtern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet,  
13 die Pandemie in den Griff zu bekommen. Auch in der Phase der schrittweisen  
14 Lockerungen und eines abklingenden Infektionsgeschehens ist die lokale Ebene von  
15 entscheidender Bedeutung.. Denn durch ihre Investitionen in Klimaschutz und  
16 Nachhaltigkeit können die Kommunen als größter öffentlicher  
17 Investitionsträger einen wichtigen Beitrag zur schnellen konjunkturellen Belebung  
18 leisten. Mit ihren vielfältigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten von der  
19 Organisation des öffentlichen Nahverkehrs bis zur Stadtentwicklung sitzt die  
20 kommunale Hand an wichtigen Hebeln zur Bewältigung der Klimakrise. Ihre Nähe zu  
21 den Bürger\*innen und ihre guten Kenntnisse der lokalen Begebenheiten sind dabei  
22 von großem Vorteil.

23 Obwohl die lokale Ebene eine wesentliche Rolle spielt, haben Bundesregierung und  
24 bayerische Staatsregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise viel zu lange im  
25 Unklaren darüber gelassen, ob und in welcher Form es überhaupt Hilfen geben  
26 soll. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit. Denn um ihre drei  
27 Kernaufgaben – Daseinsvorsorge, Gesundheitsschutz und Klimaschutz – kraftvoll  
28 schultern zu können, ist die kommunale Ebene krisenbedingt auf die Unterstützung  
29 von Bund und Land angewiesen. Deswegen müssen die Hilfen nun schnell beschlossen  
30 werden. Wir müssen die Kommunen gemeinsam in der Krise und nach der Krise  
31 finanziell auf sichere Beine stellen.

## 32 **Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mindereinnahmen kompensieren**

33 Die Corona-Pandemie und der daraus folgende Lockdown haben unsere Städte,  
34 Gemeinden und Landkreise besonders hart getroffen und vor enorme  
35 Herausforderungen gestellt. Die Folgen des Lockdowns machen sich nicht nur in  
36 den wenigen verschuldeten und finanzschwachen bayerischen Kommunen bemerkbar,  
37 die bereits vor der Krise unter Haushaltssicherung standen oder unter einem  
38 hohen Investitionsstau litten. Auch in den Haushalten der finanzstarken  
39 bayerischen Kommunen sind die Folgen des Lockdown deutlich spürbar. Vielfach  
40 bleiben die Fixkosten bestehen, während die Einnahmen sinken und die Ausgaben  
41 steigen. So muss die lokale Ebene auch weiterhin für den Betrieb von Kitas,  
42 Museen, Theatern, Bibliotheken oder des ÖPNV aufkommen. Gleichzeitig ist sie  
43 aber mit wegfallenden oder zumindest sinkenden Steuereinnahmen, Gebühren und  
44 Eintrittsgeldern konfrontiert – auch in Zeiten der schrittweisen Lockerungen.  
45 Kitas, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch Hotels und Gaststätten waren  
46 wochenlang geschlossen. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch in der Krise ihre  
47 Leistungen – häufig mit reduziertem Personal – aufrechterhalten: von der  
48 Jugendhilfe über die Sozialämter bis hin zu den Standesämtern. Sie müssen  
49 Rechnungen begleichen und Bauanträge bearbeiten. Auch der ÖPNV hat ein  
50 reduziertes Angebot beibehalten, aber Ticketkontrollen ausgesetzt.

51 Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle treffen Städte, Gemeinden und  
52 Landkreise hart: Viele Betriebe mussten ihre Produktion zeitweise einstellen  
53 oder reduzieren. Auch in absehbarer Zeit wird die Produktion nicht wieder das  
54 Vorkrisenniveau erreichen. Darüber hinaus führen steuerliche Erleichterungen für  
55 Unternehmen zu Einbußen bei den Kommunen. In der Folge bricht die Gewerbesteuer  
56 als wichtigste Einnahmequelle der kommunalen Hand gerade dramatisch ein und wird  
57 sich aller Voraussicht nach auch in den Folgejahren nur langsam erholen. Die  
58 jüngste Steuerschätzung von Mai geht deutschlandweit allein in diesem Jahr von  
59 einem Rückgang bei der Gewerbesteuer gegenüber 2019 um mehr als 13,7 Mrd. Euro  
60 aus. Nach dieser Prognose wird die Gewerbesteuer erst 2024 wieder das Niveau von  
61 2019 erreichen. Gerade auch in Bayern ist die Gewerbesteuer drastisch  
62 eingebrochen. Hart getroffen hat das vor allem die stark touristischen  
63 bayerischen Regionen. Auch die Einnahmen aus den kommunalen Einkommen- und  
64 Umsatzsteueranteilen werden zurückgehen. Für uns Grüne ist klar, dass Bund und  
65 Land gemeinsam die Gewerbesteuerausfälle für dieses Jahr komplett übernehmen  
66 müssen. Auf Basis der außerplanmäßigen Steuerschätzung im September ist außerdem  
67 zu prüfen, ob Bund und Länder die Kommunen auch in den Folgejahren für die  
68 Corona-bedingten Gewerbesteuer-Mindereinnahmen kompensieren sollten.

69  
70 Die Finanzierung der Bayerischen Bezirke, die gerade jetzt in Pandemiezeiten mit  
71 ihren Aufgaben für psychische Gesundheit und Inklusion im Fokus stehen, haben  
72 seit jeher eine prekäre Finanzierung. Eine der Hauptfinanzierungsquellen der  
73 dritten kommunalen Ebene ist die Bezirksumlage, die sie von den Landkreisen und  
74 kreisfreien Städten erheben. Steuerliche Mindereinnahmen bei Städten, Gemeinden  
75 und Landkreisen werden in absehbarer Zeit damit auch die Bezirke treffen, die

76 damit nur die Möglichkeit hätten, die Hebesätze der Bezirksumlage zu erhöhen. Um  
77 die Finanzierung der Aufgaben der Bezirke in Gesundheits- und Sozialwesen, aber  
78 auch in der Pflege und der Kulturarbeit sicherzustellen, brauchen die Bezirke  
79 stattdessen eine dauerhafte, planbare Finanzierung, die nicht auf Kosten der  
80 umlagezahlenden Kommunen geht. Zudem fordern wir eine konsequente Anwendung des  
81 Konnexitätsprinzips: wenn Bundes- und Landesgesetze durch die Kommunen umgesetzt  
82 werden sollen, müssen der Bund oder der Freistaat diese Aufgaben auch  
83 finanzieren und können hier nicht die Kommunen im Regen stehen lassen und die  
84 Pflichtaufgaben erhöhen ohne die Kommunen dafür zu kompensieren.

85 Neben diesen Einnahmerückgängen steigen gleichzeitig die kommunalen Ausgaben für  
86 krisenbedingte Sofortmaßnahmen. Die Landkreise mussten ihre Gesundheitsämter  
87 personell aufstocken und zusätzlich ausstatten, die kommunalen Krankenhäuser  
88 mussten sich auf die neue Situation einstellen. Auch die Kosten der Unterkunft  
89 und Heizung nach SGB II (KdU) nehmen in der Krise deutlich zu und werden aller  
90 Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten weiter steigen, weil der Zugang  
91 zur Grundsicherung für Selbstständige erleichtert wurde. Dass der Bund die  
92 Kommunen jetzt im Zuge des Konjunkturpakets bei den sozialen Kosten dauerhaft  
93 stärker entlasten will, unterstützen wir Grüne ausdrücklich. Der Bund greift  
94 damit eine langjährige Forderung von uns Grünen auf. Es ist richtig, dass der  
95 Bund seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft dauerhaft auf 75 Prozent  
96 erhöhen und dadurch finanzschwache Kommunen aber auch Landkreise und kreisfreie  
97 Städte mit einem hohen Mietenniveau entlasten will. Wir Grüne im Bund und in  
98 Bayern unterstützen daher die dafür notwendige Grundgesetzänderung für die  
99 Anhebung der Grenze zur Bundesauftragsverwaltung auf 75 Prozent.

100 Auch kommunale Unternehmen in besonders vom Lockdown betroffenen  
101 Wirtschaftsbereichen wie Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen,  
102 aber auch Verkehrsbetriebe, Bäder und Museen sind durch Einnahmeausfälle bei  
103 fortlaufenden Kosten zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Dabei stellen sie den  
104 Bürger\*innen elementare Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deswegen  
105 müssen sie uneingeschränkten Zugang zu den bereits beschlossenen Hilfs- und  
106 Kreditprogrammen bekommen. Eine Benachteiligung gegenüber privaten Unternehmen  
107 ist nicht nachvollziehbar. Kommunale Unternehmen sind gerade auch in der Krise  
108 unverzichtbar für das Leben vor Ort.

## 109 **Kommunen als größten Investitionsträger stärken und kommunalen Klimaschutz** 110 **unterstützen**

111 Die Kommunen spielen aber nicht nur für die Lebensqualität vor Ort und das  
112 Krisenmanagement eine entscheidende Rolle. Auch bei dem Weg aus dem Lockdown und  
113 der daraus folgenden wirtschaftlichen Krise kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu.  
114 Als größter öffentlicher Investitionsträger können die Städte, Gemeinden und  
115 Landkreise entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen, etwa indem  
116 sie die Baubranche und das lokale Handwerk mit Aufträgen versorgen. Viele  
117

118 Kommunen haben bereits Pläne für wichtige Zukunftsinvestitionen erarbeitet,  
119 beispielsweise für die Sanierung von Schulen und Kitas, aber auch für Projekte  
120 des kommunalen Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die  
121 schnell umgesetzt werden könnten. Mit schnellen und zielgerichteten Hilfen für  
122 die bayerischen Städte, Gemeinden und Kreise durch Bund und Land muss die  
123 finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erhalten und die Grundversorgung  
124 der Menschen vor Ort gesichert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die  
125 Kommunen auch nach der Krise ausreichend finanzielle Mittel haben, um als  
größter öffentlicher Investor tätig zu werden.

126 Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln, müssen einerseits die  
127 kommunalen Förderprogramme hinsichtlich der Programmlaufzeiten, der  
128 Beantragungsfristen und der Kofinanzierungspflichten unbürokratisch angepasst  
129 werden. Denn in der andauernden Krisensituation wird die lokale Ebene auch  
130 weiterhin Probleme haben, entsprechende Fristen einzuhalten und ihren  
131 Eigenanteil aufzubringen. Gerade jetzt brauchen wir gezielte kommunale  
132 Investitionsprogramme für Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Entwicklung  
133 und eine nachhaltige Infrastruktur. Die Kommunen sitzen hier durch ihre  
134 Zuständigkeiten in vielen klimarelevanten Bereichen an einem wichtigen Hebel.  
135 Gleichzeitig fehlt ihnen aber oftmals das Personal um die zur Verfügung  
136 stehenden Mittel entsprechend ihrer Bedarfe abzurufen. Deshalb braucht es jetzt  
137 mehr denn je eine deutlich stärkere Unterstützung unsere bayerischen Städte,  
138 Gemeinden und Landkreise bei der Umsetzung von Maßnahmen für Klimaschutz,  
139 Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung.

140 Wir müssen jetzt Maßnahmen umsetzen, damit die Kommunen in der Krise  
141 unterstützt, die Konjunktur angekurbelt und der richtige Pfad hin zu wirksamem  
142 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung eingeschlagen wird.

143 Damit Kommunen unterstützt, ihre Handlungsfähigkeit gesichert und nachhaltige  
144 Investitionen in den Kommunen angeschoben werden können, fordern wir  
145 insbesondere:

- 146 • Die vollständige Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle  
147 für 2020 – hälftig finanziert durch Bund und Land. Auf Basis der  
148 September-Steuerschätzung ist darüber hinaus zu überprüfen, in welchem  
149 Umfang auch in den Folgejahren eine Gewerbesteuer-Kompensation durch Bund  
150 und Länder erfolgen muss;
- 151 • die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft  
152 auf 75 Prozent;
- 153 • Öffnung der bereits beschlossenen Hilfsprogramme des Bundes für kommunale  
154 Unternehmen;

- 155 • Verlängerung der Laufzeiten und Fristen aller kommunalen Förderprogramme;
- 156 • Verzicht auf die Kofinanzierungspflicht bei Förderprogrammen für einen  
157 klar begrenzten Zeitraum;
- 158 • Erhöhung der Städtebauförderung;
- 159 • Einführung attraktiver Zuschüsse für kommunale Dekarbonisierungs-Pläne,  
160 insbesondere kommunaler Wärmepläne;
- 161 • Passgenaue Finanzierung von kommunalen Planungs- und Umsetzungsaufträgen  
162 in den Nachhaltigkeits-, Resilienz- und Klimaschutzbereichen;
- 163 • Förderung von vielfältigen regionalen Aus- und Weiterbildungsoptionen  
164 sowie Umschulungsprogrammen in Berufen, die zur praktische Umsetzung und  
165 Planung von Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige  
166 Entwicklung beitragen.

### **Unterstützer\*innen**

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Johannes Becher (KV Freising), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Judith Bogner (KV Mühldorf), Leon Eckert (KV Freising), Jamila Schäfer (KV München), Oliver Haas (KV München)